

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Donnerstag den 16. März 1893.

die 6spaltige Zeitzeile 20 Pf. Reclamen unter dem Redactionstisch (4 spaltig) 50 Pf. vor den Familienanzeigen (6 spaltig) 40 Pf.

Annahmefrist für Anzeigen:

Abend-Ausgabe: Donnerstags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr. Sonn- und Feiertags früh 9 Uhr.

Bezugs-Preis

In der Hauptexpedition oder bei den im Einzelhandel und den Vereinen erichteten Verkaufsstellen abgeholt: Vierteljährlich 4.50.

Redaction und Expedition:

Redaction und Expedition: Johanneßstraße 5.

Filialen:

Erste Filiale: Herrn C. G. Schmidt, (Königsplatz 1).

№ 136.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Haben der durch das Neubauterregulativ vom 15. November 1892 §. 4 unter 1 für alle Interessenten von Bauarbeiten ein- getragenen Bescheidungen zur Ausführung der zu erledigenden Arbeiten...

Zur Ausführung der Bescheidungen sind die zu erledigenden Arbeiten in der Weise zu veranlassen, dass die Ausführung der Arbeiten...

Die Bescheidungen dürfen nach den öffentlichen Verordnungen und Gesetzen nicht weiter als in dem Sinne der Bescheidungen...

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Herren Stadtvorordneten haben wir beschlossen, den am 28. Juli 1892 zur Kostlage gelangten Plan T. B. V. No. 5421, die Befestigung beziehentlich Abänderung von...

Die Befestigung der Hauptstraße bis zur Hauptstraße mit einem Teil der Hauptstraße bis zur Hauptstraße...

Gesucht

mit der am 18. October 1892 in Ostpreußen geborene Kaufmannslehre Wilhelm Robert Klein, welcher zur Hilfe für seine Familie anzuhalten ist.

Gesucht

mit der am 7. Juni 1866 zu Berga bei Schöten geborene Kaufmannslehre Karl Julius Reut, welcher zur Hilfe für seine Familie anzuhalten ist.

Die bei dem hiesigen Rathhause in den Monaten April, Mai und Juni 1892 vergeblich oder unvollständig, aber nicht wieder eingeleiteten Anträge...

dem 1. Mai 1893 ab im Verzeichnisse des Rathhuses öffentlich veröffentlicht werden. Das Verzeichnis und Verlangen anderer Anträge...

III. Städtische Fortbildungsschule. (Ehemalige Kavalierstraße 2.) Die Ausbildung der Schülerarbeiten ist von Donnerstag, den 16. bis mit Sonntag, den 19. März, von 10 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Abends geöffnet.

Rudolf Gneist zur Militärvorlage. Zu der Militärvorlage nimmt Rudolf Gneist das Wort in einer eingehenden Schrift: Die Militärvorlage von 1892 und der preussische Verfassungskonflikt von 1892-1896.

Deutschland geht auf der Höhe des Mittelalters in Europa als der Vaterland in Erfüllung der höchsten Staatspflichten durch die Geschichte. Seit der Reformationszeit ging die Hegemonie verloren an weltliche Mächte.

Ein Hauptgegenstand tritt aber hervor in der völlig verschiedenen politischen Lage, in welcher 1892 und 1892 eine solche Militärvorlage zur parlamentarischen Beratung gelangt. Im Jahre 1892 war keinerlei drohende Constellation an dem politischen Horizont Europas zu entdecken.

Die Vorlage erschien dem Hause nur als eine technisch militärische Maßregel, die man (wenn auch mit Unrecht) auf ein Verurtheil des Verfassungskonflikts gegen die Landwehr zurückführen zu müssen glaubte. Am Anzeichen irgend einer Art dachte auf eine höhere Bestimmung dieser gemäßigten Verfassung der Herrscher. Der Verfassungskonflikt stand vor der Augen eine fast ein halbes Jahrhundert fortwährende Unmöglichkeit des Reichs. Heute wissen wir, was diese militärische Macht bedeutet, wozu sie bestimmt ist, was sie geleistet hat, um der deutschen Nation das höchste Ziel ihres Strebens zu verwirklichen.

Der Reichstag hat sich aber die militärische Lage Deutschlands völlig verändert. Die beiden Großmächte in Ost und im Westen Deutschlands haben ihre activen Heeresmacht ansehnlich vergrößert in der erklärten Absicht des Angriffes gegen Deutschland. Seit 2 Jahrzehnten stehen im Osten und im Westen Deutschlands schwere Gewitterwolken am Himmel, die durch periodische Wetterleuchten das verfinsterte Bild ihrer Lagen offenbart.

Der Glaube, daß Deutschland entschlossen ist, seine militärische Ueberlegenheit auch mit neuen Opfern aufrecht zu erhalten, ist wie früher die einzige Garantie der Erhaltung des europäischen Friedens. Diese Gewissheit ist es, die bei den in ihrem Kern unverändert gebliebenen Nationen in das Gewissen gesprochen werden muß.

zu erhalten, ist wie früher die einzige Garantie der Erhaltung des europäischen Friedens. Diese Gewissheit ist es, die bei den in ihrem Kern unverändert gebliebenen Nationen in das Gewissen gesprochen werden muß.

So wird auch der hier vorliegende Plan doch nur in 2 oder 3 Jahren durchführbar sein. Jedermann weiß, daß der erforderliche Wehrbedarf von 2000 Offizieren und 12000 Unteroffizieren doch nicht in einem Jahre zu beschaffen ist, während für die heute bestehende Armee trotz der forcirten Heeresvermehrung und der Unteroffizierschulen noch 1893 ein Manco an Offizieren und Unteroffizieren bestehen wird.

Ter Wagistrat. Die Bescheidungen dürfen nach den öffentlichen Verordnungen und Gesetzen nicht weiter als in dem Sinne der Bescheidungen...

Ter Wagistrat. Die Bescheidungen dürfen nach den öffentlichen Verordnungen und Gesetzen nicht weiter als in dem Sinne der Bescheidungen...

Ter Wagistrat. Die Bescheidungen dürfen nach den öffentlichen Verordnungen und Gesetzen nicht weiter als in dem Sinne der Bescheidungen...

Ter Wagistrat. Die Bescheidungen dürfen nach den öffentlichen Verordnungen und Gesetzen nicht weiter als in dem Sinne der Bescheidungen...

Ter Wagistrat. Die Bescheidungen dürfen nach den öffentlichen Verordnungen und Gesetzen nicht weiter als in dem Sinne der Bescheidungen...

so lange unsere Nachbarn wissen, daß Deutschland entschlossen ist, seine militärische Ueberlegenheit auch mit neuen Opfern aufrecht zu erhalten. Sollte wirklich im Lauf unserer Verhandlungen das deutsche Volkgerissen sich über diese Wahrheit nicht so schnell im Klaren kommen, so ist es, glaube ich, der Beruf der verbündeten Regierungen, auf ihrem Vollen zu verharren. Es ist unrichtig, wenn man sagt, bei einer Ablehnung der Militärvorlage bleibe dem Reichstagler nur die Wahl, entweder zurückzutreten oder zur Parlamentsauflösung zu schreiten.

Es geht das zu den Regierungen, die sich aus der Aufschauung fremder Zustände bilden. In unserem Parlamentarismus ist keine geschlossene Klasse und keine Partei im Stande, eine verantwortliche Regierung zu übernehmen, und so lange dieser Zustand dauert, muß eben die Autorität der Monarchie diese Verantwortlichkeit tragen. Die jetzige Reichsregierung hat sie übernommen nach bestem Willen und Gewissen, sie vertritt die für die heutige Situation notwendigen Verordnungen der Fortdauer und Gehalts, welche die schwere Lage des Reichs erfordert. Sie wird auch diesem Standpunkt nicht wanken werden in dem unerwarteten Fall, daß ihre Vorlage in der dritten Lesung sich ungenügend gestalten sollte.

Sie wird auch dann die Haltung zu wahren im Stande sein, die geeignet ist, dem Ausland nicht das Bild eines Bruchs zwischen Staatregierung und Reichsvertretung darzubieten, welches nach menschlicher Wahrscheinlichkeit eben nur das Signal zum Ausbruch des Krieges sei würde. Bei dieser Sachlage erscheint es geradezu wünschenswert, daß die Verhandlungen über die Militärvorlage sich einigermaßen in die Länge ziehen und der Abgeordneten womöglich auch die Möglichkeit gegeben wird, sich in ihrem Wahlkreis über ihre Verantwortlichkeit zu orientieren. Die öffentliche Meinung in einer bedrückten Nation bewegt sich immer etwas langsam, namentlich in einer social gespaltenen Gesellschaft. Aber sie bewegt sich und wer den Glauben an unsere Nation sich bewahrt hat, wird dieser Bewegung vertrauen. Sollte daher weiter alles Erwartete die dritte Lesung noch ungenügende Beschlüsse ergeben, so werden die verbündeten Regierungen es nicht verschmähen, die Vorlage absonderlich zurückzugeben und weiter zu verhandeln, insbesondere aber durch kaiserliche Verordnungen die Reichsregierung und das Reich an ihre Verantwortlichkeit ernstlich zu mahnen. Das Vertrauen auf das durchbringende Bemühen der heutigen Lage beruht schließlich auf einem Credo, das sich derjenige bewahrt, der sich den Glauben an den Reichstagen und die Vaterlandsliebe unserer Nation im Laufe von zwei Menschenaltern erhalten hat.

Deutsches Reich.

4. Berlin, 15. März. Der Defuit Rathrein schreibt in den „Stimmen aus Maria Saal“: In Bezug auf kirchliche Schulen sieht dem Staate höchstens das Recht zu, sich zu überlegen, ob die Schulen wegen des allgemein geistlichen Charakters, der ihnen anhaften, den allgemeinen Schulgesetzen unterworfen werden können. Es ist nicht ohne Interesse, dass die Schulen in der Provinz, die sich dem Reich angeschlossen haben, sich dem Reich angeschlossen haben, sich dem Reich angeschlossen haben, sich dem Reich angeschlossen haben.

16. Berlin, 15. März. Centrum und Conservative haben also im preussischen Abgeordnetenhaus auch die Zustimmung über das Wahlgesetz an ihrer protestanten „Gerechtigkeit“ festgehalten. Einmündigen über 2000 Mark werden bei der Bildung der Wahlabtheilungen nicht angedreht. Auch die entsprechenden Gemeindefeststellungen zur Einkommensteuer nicht. Wohlgeachtet, nur bei der Einkommensteuer tritt die „Abänderung der parlamentarischen Verordnungen der neuen Gesetzgebung“ ein, nicht aber bei der Grundsteuer und den sonstigen Realsteuern. Keine Großgrundbesitzer können also nach wie vor die capitalistische Ueberlegenheit bei der Wahl bei dem Wählerstimmen ausüben. Diese im wahren, unfehlbaren Sinne des Wortes „agrarisches“ Bestimmung kommt den großen Grundbesitzern des Ostens zu Statten, zu denen ja in Polen, Westpreußen und Schlesien auch eine große Anzahl kleinerer Magnaten gehört. Das Centrum hat von der Begrenzung nach den weiteren Vortheil, daß sie in zahlreichen Städten des Westens vorzugsweise liberale Steuerzahler trifft. Da die neuen Bestimmungen auch für das Gemeinwohl wählbar gelten, so werden diese Städte in Wohl- und anderen Kulturfragen sehr bald ihre Bedeutung zu vergrößern haben. Gegen eine Beschränkung des Wahlrechts der sehr reichen Leute wäre im Allgemeinen nichts einzuwenden, aber diese Maßnahme ist auf den Reich der zwei Wehrpflichtigen jugendliche Bestimmung verlegt das Wahlrecht, anstatt es zu befreieren. Ein mit mehr als 2000 Mark Grundsteuer belasteter Großgrundbesitzer hat ein weitergehendes Wahlrecht, als ein mit mehr als 2000 Mark Einkommensteuer belasteter, obgleich der Erstere dem Staate die Grundsteuer nicht mehr zu zahlen haben wird. Der Abg. Friedberg hat nicht zu viel gesagt, als er den liberal-conservativen Reichstag „principiell, ungerührt und tendenzlos“ nannte. Dasselbe gilt von der weiteren ultramontanen „Verbesserung“, wonach in Gemeinden, welche in mehrere Wahlbezirke zerfallen, für jeden Wahlbezirk eine besondere Wahlbezirk gebildet zu bilden ist. In den großen Städten wird also die Verteilung der Wähler nach der Steuerleistung in verschiedenen Bezirken vorgenommen, d. h. das Wahlrecht des Einzelnen wird von dem ganz zufälligen Umstand abhängig, in welchem Stadtviertel er wohnt. Ein Industrieller, der in einem Fabriksviertel seine Fabrik hat, in einem besseren Viertel wohnt und nach seiner Steuerleistung, wenn man sämtliche Wähler der Stadt in Betracht zieht, in der zweiten, wenn nicht in der ersten Klasse wohnen würde, kann in seinem Wahlbezirk von den benachbarten Industriellen in die dritte Klasse gehoben werden. Umgekehrt kann ein mäßig Wohlhabender,

Im Jahre 1870 lebte in der französischen Nation die seltsame Idee von einer Allianz für Estero, wo Preußen ohne ihre Erlaubnis gehetzt hatte. Der heutige Kronprinz hat einen tieferen Grund in der Erinnerung an Sedan, an die Demüthigung von Paris, die unerborenen Niederlagen ihrer „ruhmgeliebten“ Armeen und zum Theil auch an den Verlust wertvoller Provinzen. Alle Parteien, trotz entsetzlicher innerer Fehde, bekennen sich einig, merklichlich in dieser Richtung, bereit zu jedem Opfer der Gegenwart und der Zukunft. Und welche Erleichterung bietet dieser Gegenwart das heutige deutsche Reich? Die Gesellschaft zerfällt in einen Streit aller Klassen gegen alle Klassen, die kirchlichen Gegensätze in unerschütterlichem Hader mit einander, die alten Parteien sind preussischen Militarismus im Süden wieder lebendig. Hier bedarf es keiner ungewöhnlichen Spione, um die Schwächen des Gegners zu erkunden. Es bedarf nur einer Kugel aus den Händen des deutschen Reichstags und des Landtags, einer Kugel aus der Tagespresse und aus den Reden der Volksversammlungen, um mit sehr viel besseren Gründen als 1870 den Glauben zu erwecken, daß die seit zwei Jahrzehnten erlebte Stunde jetzt wirklich gekommen ist. Aus dem Zusammenhang gerissene Verfassungen berufen Organe lassen sich sehr wohl anordnen, welche auch die Meinung von der heutigen Ueberlegenheit des französischen Heeres an Zahl und Schulung zum Besten kommen. Das sind doch ungewöhnlich bessere Gründe zum Bestehen als 1870! Und ihr Organismus bildet heute nur die Erinnerung an die Schärfe der deutschen Waffen...

Es bleibt dabei: Der Friede Europas ist nur gesichert, wenn die deutsche Militärvorlage auch mit neuen Opfern aufrecht zu erhalten ist wie früher die einzige Garantie der Erhaltung des europäischen Friedens. Diese Gewissheit ist es, die bei den in ihrem Kern unverändert gebliebenen Nationen in das Gewissen gesprochen werden muß.